

Dr. Weyerle über die künftige Stellung Ungarns.

Ungarns Verhältnis zu Oesterreich und zur Dynastie.

Budapest, 11. Oktober.

In einer Konferenz der Achtundvierziger-Verfassungspartei führte Ministerpräsident Dr. Weyerle aus: Was die außenpolitische Lage betrifft, ist bekannt, daß der Präsident der Vereinigten Staaten die Antwort auf die an ihn gerichtete Note zwar nicht uns, wohl aber Deutschland erteilt hat. Nun ist die Frage die, mit was für einer Note Deutschland auf diese Antwort erwidern soll. In dieser Hinsicht müssen wir im Einklang mit Deutschland vorgehen. Denn die Wilsonsche Note verlangt nicht nur von Deutschland, sondern von den Mittelmächten im allgemeinen, daß sie die besetzten Gebiete räumen. Bezüglich der auswärtigen Politik, erwähnte Dr. Weyerle, daß der mit der Ukraine abgeschlossene Vertrag noch nicht ratifiziert ist. Es ist Hoffnung vorhanden, daß auch der Vertrag mit Rumänien demnächst ratifiziert werden wird. In Verbindung mit der auswärtigen Lage steht auch die Frage des Friedensschlusses und die der Vertretung Ungarns bei den Friedensverhandlungen. Hinsichtlich der Bedingungen des Friedens ist eine Vereinbarung mit Deutschland dahin zustande gekommen, daß wir für alle Eventualitäten die Bedingungen des abzuschließenden Friedens gemeinsam ausarbeiten werden. Diese Punktationen stehen jetzt in Bearbeitung. Wir müssen nicht nur dafür sorgen, daß wir die bei den Friedensverhandlungen zur Geltung gelangenden Prinzipien wahren, sondern auch dafür, daß bei den Friedensverhandlungen Ungarn unmittelbar vertreten sei. Dies ist natürlich nicht in dem Sinne zu verstehen, daß Ungarn separat den Frieden schließe wohl aber können wir verlangen, und dafür müssen wir auch sorgen, daß bei Abschluß des Friedens die Landesinteressen durch einen hierzu geeigneten ungarischen Staatsmann unmittelbar vertreten werden. (Ungarn war in dieser Art bei allen internationalen Verträgen der letzten Jahrzehnte vertreten und fertigte die Verträge auch mit. D. N.) Unsere Lage gegenüber Oesterreich hat sich wesentlich geändert. Hier stehen wir bereits veränderten Tatsachen gegenüber.

In der südslavischen Frage

war unser Standpunkt der, daß wir gegen die Vereinigung Dalmatiens mit Kroatien nichts einzuwenden (!) hätten. Das können wir ja auch nicht tun, Beruht diese ja doch auf unseren eigenen Gesetzen. Ganz anders steht die Frage hinsichtlich Bosniens und der Herzegovina, bezüglich deren wir den Standpunkt einnehmen, daß es von der eigenen Entscheidung Bosniens und der Herzegovina abhängig gemacht werden soll, ob sie Kroatien oder uns angegliedert werden.

Hinsichtlich der Nationalitätenfrage

werden wir bei den Friedensverhandlungen den Standpunkt einnehmen, daß allgemeine Prinzipien auf der Grundlage des allgemeinen Rechtes festgestellt werden, damit eventuell unter den im Völkerbunde befindlichen Staaten Vereinbarungen getroffen werden, die dann nicht nur bei uns, sondern auch in den Ländern der Entente Anwendung finden sollen. Wir hoffen, daß es auch gelingen wird, diesen Standpunkt zur Geltung zu bringen, wenn die Wilsonsche Note und die an diese geknüpften Neben ihrem Geiste nach interpretiert werden, d. h. die Verhältnisse sämtlicher Staaten des Bundes eine gleichmäßige Behandlung erfahren. Was die hinsichtlich der slowakischen Komitate geäußerten Wünsche der Tschechen betrifft, haben bereits mehrere dieser Komitate in dieser Frage Stellung genommen und mehrere Erscheinungen deuten darauf hin, daß die dort wohnenden breiten Volksschichten ohne jede Ingerenz der Regierung sich gegen die Angliederung an Böhmen vermahnen.

Eine schwerwiegende Sache ist es, daß man in Oesterreich vollkommen zum Föderalismus übergeht. Böhmen wünscht durchaus auf föderalistischer Grundlage auszuscheiden und einen separaten Staat zu bilden.

Leider haben wir keine Garantien dafür, daß man dort diesen tschechischen Bestrebungen den Weg verlege. Ich darf sagen, daß die österreichische Staatsgewalt keine Kraft hat, um diesen Bestrebungen entgegenzutreten. Von den Versprechen, die wir seinerzeit erhalten haben, daß in Oesterreich die Strafgesetze in der Weise werden ergänzt werden, daß die gegen die Integrität des ungarischen Staates sich richtenden Handlungen strafrechtlich verfolgt werden können, ist heute nicht einmal die Rede.

Unter den heutigen Umständen ist die Lage für uns von selbst gegeben. Wir können konstatieren, daß wir nicht jenem Oesterreich gegenüber stehen, mit dem wir in der Vergangenheit Abkommen getroffen haben. (So ist es!) Ob wir nun diese Abkommen so auslegen, wie wir sie stets ausgelegt haben, daß wir nicht mit jenen Provinzen, sondern mit unserem eigenen Fürsten Vereinbarungen geschlossen haben oder nicht, jedenfalls haben wir auch zu jenen Provinzen Beziehungen, die für die Zukunft nicht aufrecht bleiben können, denn die dortigen Verhältnisse haben diese Beziehungen aufgelöst. Selbst der Verteidigungspflicht vermag Oesterreich in seiner heutigen Form für die Zukunft nicht zu entsprechen. (!)

Daselbe gilt für die wirtschaftliche Gemeinschaft. Was die wirtschaftliche Gemeinschaft und unsere Beziehungen zu Oesterreich überhaupt betrifft, müssen wir bestrebt sein, die unabhängige Regelung unserer eigenen nationalen, politischen, wirtschaftlichen und Verteidigungsinteressen für die Zukunft zu sichern. (Lebhafte Zustimmung.) Man pflegt diese Bestrebungen unter dem Sammelnamen der Personalunion zu vereinigen. Dies kann die Feststellung einer Mischung sein, ist aber in sich eigentlich keine präzise Bestimmung. Der Begriff der Personalunion kann ja auch im öffentlichen Recht auf vielerlei Weise ausgelegt werden. Auch unser Verhältnis zu Oesterreich wird von manchen als Personalunion, von anderen als Realunion aufgefaßt. Ich konkludiere also dahin, daß wir, anstatt diesen Ausdruck zu gebrauchen, vielleicht sagen, daß unser Bestreben die wirtschaftliche und Verteidigungsinteressen sein möge. (Lebhafte Zustimmung.)

Dieses Bestreben ist bei uns vorhanden. Es ist in das Bewußtsein der ungarischen Nation übergegangen. Ich möchte nur davor warnen, daß wir dies zu sehr auf die Spitze treiben, zu viel in den Vordergrund drängen und immer wieder betonen. Dies würde ich nicht für politisch erachten. Gibt es ja ohnehin so viele Erscheinungen der Dissolution sowohl in Oesterreich als auch bei uns. Die Erscheinungen der Dissolution, die uns beim Friedensschluß zweifellos schwächen und unseren Standpunkt dabei erschweren, sollen wir bestrebt sein, nicht zu fördern, sondern so viel als möglich zu verringern. (Lebhafte Zustimmung.)

Für eine ungarische Konzentrations-Regierung.

Wenn wir sehen, daß nicht einmal unsere staatsrechtliche Integrität in unbedingt intakter Form für die Zukunft vor uns steht, wenn wir sehen, daß wir ganz neuen Gestaltungen gegenüberstehen, die auch in unseren Beziehungen zu Oesterreich ebenso wie in unseren internationalen Beziehungen große Änderungen nach sich ziehen können, dann ist eine unabwiesbare Notwendigkeit vom Gesichtspunkte der Verteidigung unserer eigenen nationalen Interessen dafür vorhanden, daß alle für die nationalen Interessen Sinn hegenden Kräfte sich vereinigen. (Lebhafte Zustimmung.) Dieser Umstand hat zu der Idee geführt, daß die verschiedenen politischen Parteien, die verschiedenen politischen Persönlichkeiten alle in der Vergangenheit aufgetauchten Differenzen beiseitelegen und sich wenigstens bis zum Friedensschluß zur Erreichung dieser großen Ziele zusammenschließen. Leider, sagt Weyerle, sehe er, daß auch gegenwärtig gewisse persönliche Differenzen ein derart trennendes Moment bilden, daß das Zusammenwirken der Kräfte für eine Konzentration keinem großen Vertrauen begegnet. Er für seine Person wolle kein Hindernis bilden. Er habe deshalb den Herrscher gebeten, Versuche mit anderen Staatsmännern zu unternehmen und es sei unter solchen Persönlichkeiten, die auf seine (Weyerles) Empfehlung jetzt von Sr. Majestät in Audienz empfangen werden, auch Baron Julius Wlassics, der heute in Audienz erschien. Zu welchem Resultat dieser Versuch führen wird, wisse er nicht. Wie immer sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, die Vergangenheit der ungarischen Nation rechtfertigt es, daß die Wahrung des Zusammenwirkens und der Eintracht mit dem Herrscher immer einer der unumgänglichen Grundsteine unserer politischen Bestrebungen war. Deshalb dürfen wir die Bande,

welche heute zwischen der Nation dem Herrscher bestehen, nicht nur nicht lockern, sondern wir müssen sie noch fester gestalten. (Lebhafte Beifall)